



15. Sitzung

09.11.2017

Magdeburg, Landtagsgebäude, Domplatz 6-9

Der Ausschuss verständigte sich zu Beginn den Antrag in der ADrs. 7/INN/69 nicht als Tagesordnungspunkt 9 zu behandeln, sondern die Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben. Dafür wurde der Antrag in der ADrs 7/INN/70 als neuer Tagesordnungspunkt 9 aufgenommen.

1. **Beratende Äußerung nach § 88 Abs. 2 und Bericht über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung nach § 99 Abs. 1 Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt**

Unterrichtung Landesrechnungshof - **Drs. 7/1955**

Der Ausschuss nahm den Bericht des Landesrechnungshofes zur Kenntnis und erklärte das Thema für erledigt.

2. **Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung eines Gemeinsamen Kompetenz- und Dienstleistungszentrums der Polizeien der Länder Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen auf dem Gebiet der polizeilichen Telekommunikationsüberwachung als rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts**

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 7/1738**

Der Ausschuss führte eine Beratung durch und erarbeitete mit 6 : 2 : 3 Stimmen eine Beschlussempfehlung an den Landtag.

Der Ausschuss verständigte sich ferner, dass die vertraulichen Unterlagen an das Ministerium zurückgegeben werden können.

3. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung des Landes Sachsen-Anhalt (E-Government-Gesetz Sachsen-Anhalt - EGovG LSA)

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 7/1877**

Der Ausschuss verständigte sich zum Verfahren und nahm eine Anhörung für Januar/Februar 2018 in Aussicht. Zu den genauen Modalitäten soll es eine Verständigung der Obleute geben.

4. Sponsoren veröffentlichen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/1750**

Der Ausschuss nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen und führte eine Beratung durch.

Das Ministerium für Inneres und Sport wird den Ausschuss informieren, sobald die Rückmeldungen aller Ressorts vorliegen, dann wird das Thema erneut aufgerufen.

5. Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität in Sachsen-Anhalt

Selbstbefassung Fraktion CDU - **ADrs. 7/INN/8**

Der Ausschuss nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen und führte eine Beratung durch.

Das Ministerium für Inneres und Sport wurde um Übersendung ergänzender Informationen gebeten.

6. Teutschenthaler Bürgermeister kündigt Kita-Plätze nach Kritik von Eltern

Selbstbefassung Fraktion DIE LINKE - **ADrs. 7/INN/62**

Der Ausschuss nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen und führte eine Beratung durch. Der Selbstbefassungsantrag wurde für erledigt erklärt.

7. Brand bei der Fehr Umwelt Ost GmbH im Chemiepark in Bitterfeld-Wolfen

Selbstbefassung Fraktion DIE LINKE - **ADrs. 7/INN/66**

Der Ausschuss nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen und führte eine Beratung durch.

Das Ministerium für Inneres und Sport wurde um Übersendung einer ergänzenden Information gebeten.

Sobald die Nachforschungen zur Brandursache abgeschlossen sind, gibt das Ministerium außerdem einen Hinweis an den Ausschuss und das Thema wird dann erneut aufgerufen.

8. Bericht der Projektgruppe „Polizeistruktur 2020“ zum aktuellen Sachstand der Projektarbeit, insbesondere zu den Grundzügen der künftigen Organisationsstruktur der Landespolizei (Stand: 16. Oktober 2017)

Befassung Ministerium für Inneres und Sport - **ADrs. 7/INN/68**

Der Ausschuss nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen und führte eine Beratung durch.

Die Befassung wurde für erledigt erklärt.

9. Manipulierte Kfz-Briefe in Anhalt-Bitterfeld und Halle/Saale

Selbstbefassung Fraktion DIE LINKE - **ADrs. 7/INN/70**

Der Ausschuss nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen und führte eine Beratung durch.

Sobald es neue Erkenntnisse gibt, wird die Landesregierung den Ausschuss informieren und das Thema wird dann erneut aufgerufen.

10. Entwurf eines Gesetzes zur Organisationsfortentwicklung des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 7/1736**

Der Ausschuss führte eine Beratung durch und erarbeitete mit 5 : 0 : 4 Stimmen eine vorläufige Beschlussempfehlung an den mitberatenden Ausschuss für Finanzen.

11. Verschiedenes

11.1 Niederschriften

Die Niederschriften über die 13. Sitzung am 7. September 2017 sowie über die 14. Sitzung am 26.10.2017 wurden gebilligt.

11.2 Schreiben

Der Vorsitzende wies auf die Unterlagen des Demokratischen Gesellschaftszentrums der KurdInnen in Deutschland e. V. hin, welche an den Ausschuss verteilt wurden.

Außerdem informierte der Vorsitzende über ein Schreiben des Ärztlichen Leiters des Rettungsdienstes des Altmarkkreises Salzwedel vom 22. Oktober 2017 sowie einen entsprechenden Antwortentwurf. Der Antwortentwurf wurde mit 2 Änderungen beschlossen.

11.3 Petition 7-A/00063-D000019 – Suchtprävention

O.g. Petition wurde dem Ausschuss für Inneres und Sport zugesandt und von diesem zur Kenntnis genommen.

11.4 Reise des Ausschusses für Inneres und Sport

Der Vorsitzende sprach eine angedachte Delegationsreise im Jahr 2018 in der Woche vom 18. bis 21.09.2018 bzw. in der Woche vom 29.10. bis 02.11.2018 an. Beide Termine wurden mit dem Minister abgestimmt. Der Ausschuss will sich in seiner nächsten Sitzung erneut mit dem Thema beschäftigen und inhaltliche Festlegungen treffen. Die Obleute wurden gebeten sich zu den genannten Terminen zu verständigen.

11.5 Einladungen

Der Vorsitzende sprach folgende Einladungen an:

- Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin am 16. November 2017 zum Thema „Herausforderung für eine Politik des demokratischen Zusammenhalts“
- Einladung des Wasserverbandstag e. V. am 13. November 2017 in das HCC Hannover Congress Centrum nach Hannover zur Mitgliederversammlung
- Einladung zu dem gemeinsamen Symposium der Verfassungsschutzbehörden Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 9.11.2017

Die Teilnahme der Ausschussmitglieder an diesen Veranstaltungen wurde gebilligt.

11.6 Terminplan 2018

Der Vorsitzende sprach an, dass in der Augustsitzung des Ausschusses für Inneres und Sport der Terminplan 2018 bestätigt wurde. Unter anderem wurde der 7. Juni 2018 als Sitzungstag festgelegt.

Zwischen dem 6. – 8. Juni 2018 findet die Frühjahrs-Innenministerkonferenz in Quedlinburg statt und Sachsen-Anhalt hat im nächsten Jahr den Vorsitz.

Er schlug daher vor, den Termin auf den 31. Mai 2018 zu verschieben.

Die Fraktion DIE LINKE bat zunächst um Prüfung, ob dies zu Überschneidungen mit dem Terminplan des Petitionsausschusses führen würde.

Das Thema wird erneut aufgerufen.

11.7 Termine

Dem Ausschuss für Inneres und Sport wurde die Petition 7-I/00087 mit dem Titel: „Antrag zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit“ vom Ausschuss für Petitionen mit der Bitte um Stellungnahme überwiesen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde festgelegt, dass die Petition in der nächsten Sitzung am 7. Dezember 2017 behandelt wird.

Über weitere Tagesordnungspunkte verständigen sich die innenpolitischen Sprecher am Rande des Novemberplenums.